

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 12. Dezember 2022

Deutschland beschleunigen – Schneller planen und bauen, Infrastruktur modernisieren

Die Infrastruktur ist das Fortschrittsfundament unsers Landes. Deutschland hat es allerdings über Jahre vernachlässigt, die gesamte Verkehrsinfrastruktur auszubauen oder zu modernisieren. Im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger macht sich dies beispielsweise beim Weg zur Arbeit immer stärker bemerkbar. Zugleich ist eine funktionierende Infrastruktur zentrale Voraussetzung für unseren Wirtschaftsstandort und damit für Wohlstand und Fortschritt. Wir brauchen daher mehr Tempo beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ebenso wie bei Glasfasernetzen, Erneuerbaren Energien, Energieleitungen und dem Wohnungsbau.

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sehen sich bereits heute vier von fünf Unternehmen durch Infrastrukturmängel in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Wir müssen nicht nur unsere Schienen-, sondern auch die Straßeninfrastruktur schnell ertüchtigen und erweitern können. Denn aktuell sagt das Bundesamt für Güterverkehr sogar eine Zunahme des Transportaufkommens auf der Straße für das Jahr 2024 voraus. Das ist ein Alarmsignal und zeigt, dass die Straße auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird. Nur mit einem leistungsfähigen Straßen-, Schienen-, Wasserstraßen- und Radwegenetz können wir Investitionen schnell auf die Strecke bringen und den individuellen Mobilitätsbedürfnissen in der Gesellschaft gerecht werden.

Für uns Freie Demokraten ist daher klar: Deutschland muss bei der Infrastruktur endlich den Turbo einlegen. Unser Ziel ist es, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren für alle Verkehrsträger mindestens zu halbieren. Um das zu erreichen, müssen noch in diesem Jahr alle notwendigen Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden. Das ist der klare Auftrag des Koalitionsvertrags.

Wir Freie Demokraten fordern daher:

1. Eine **zukunftsfähige** und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger angemessene **Infrastruktur** wollen wir als **Staatsziel** in das Grundgesetz aufnehmen.
2. Das neu entstandene LNG-Terminal in Wilhelmshaven ist der Beweis, dass wir neue Projekte schnell und unkompliziert umsetzen können. Dies muss nun eine Blaupause auch für weitere Bereiche sein. Die Regelungen des **LNG-Beschleunigungsgesetzes** wollen wir daher auch auf den **Verkehrsbereich** ausweiten. Damit stellen wir fest, dass Verkehrsprojekte im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

3. Chancen der **Digitalisierung** wollen wir durch konsequente Verwendung von **Building Information Modeling (BIM)** nutzen, um Planen effizienter, transparenter und günstiger zu gestalten.
4. **Ersatzneubauten von Autobahnbrücken** sollen **ohne Genehmigung und Umweltverträglichkeitsprüfung** realisiert werden können, wenn sie an die künftigen Verkehrsverhältnisse angepasst werden. So verhindern wir unzumutbare Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch lange Lieferzeiten, Staus und Umgehungsverkehre.
5. Den Bau von **Radwegen an Bundesfernstraßen** wollen wir ebenfalls **ohne Umweltverträglichkeitsprüfung** ermöglichen.
6. Rechtsunsicherheit durch lange Gerichtsverfahren wollen wir verhindern. Daher soll die Liste der Projekte, für die das **Bundesverwaltungsgericht** erstinstanzlich zuständig ist, für die **Bereiche Straße und Wasserstraße** ergänzt werden.
7. **Planfeststellungen** für Straßen, Schienen und Wasserstraßen wollen wir stärker **digitalisieren**. Bei wesentlichen Verkehrsprojekten fordern wir zudem eine **Vierjahresfrist für das Genehmigungsverfahren**.
8. Wir benötigen auch bei Verkehrsprojekten mehr **Standardisierungen im Artenschutz**, um das Planen weiter zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir wollen prüfen, wie Ausgleichsmaßnahmen zum Artenschutz vereinfacht und umgesetzt werden können, ähnlich der im Frühjahr bei Windenergieanlagen geschaffenen Regelungen.